

Pressemitteilung

DKG zur Leiharbeitsproblematik

Verbot als Ultima Ratio: Krankenhäuser fordern drastische Beschränkung der Pflege-Leihearbeit

Berlin, 17. Februar 2023 – Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) fordert entschiedene Reformen zur Begrenzung der Leiharbeit in der Pflege. Mit einem Positionspapier macht der Verband auf die zunehmenden Probleme aufmerksam, die die Leiharbeit mit sich bringt. Dazu erklärt der Vorstandsvorsitzende Dr. Gerald Gaß:

„Leiharbeit im Krankenhaus entwickelt sich von der Ausnahme zum Regelfall. Wir registrieren, wie Belegschaften durch Leiharbeit mehr und mehr gespalten werden. Leasingkräfte können nur zu bestimmten Wunschsichten eingesetzt werden. Der Stammebelegschaft bleiben unbeliebte Zeiten wie Wochenenden, Feiertage oder Nachtschichten. In der Folge wandern immer mehr Beschäftigte in die Leiharbeit ab, so dass sich eine Spirale entwickelt, deren Ende ohne Eingriffe nicht absehbar ist. Hinzu kommt die Kostenproblematik, denn die deutlich höheren Kosten für die Leiharbeit werden nicht in den Pflegebudgets abgebildet. Die Krankenhäuser arbeiten hart daran, Gehälter und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Konkurrenz der Zeitarbeit treibt sie dabei unbestreitbar an. Unter diesen Bedingungen können die Kliniken aber das Rennen um die besten Arbeitsbedingungen und Gehälter nur verlieren. Um aus dieser Spirale auszusteigen sind entschiedene Reformen notwendig. Die Krankenhäuser schlagen vor, Leiharbeit auf ihren ursprünglichen Zweck, Belastungsspitzen auszugleichen, zu beschränken. Zudem muss der Stundensatz in der Leiharbeit einschließlich aller Kosten auf das 1,5-fache der üblichen Vergütung fest angestellter Pflegekräfte begrenzt werden, die Kosten müssen in den Pflegebudgets abgebildet werden. Der Druck durch die Zeitarbeit ist mittlerweile so groß, dass ein Großteil der Krankenhäuser sogar ein Verbot fordert. Dieses Verbot sehen wir als Ultima Ratio, sollten die Reformen nicht greifen. Das Ausmaß der Leiharbeit gefährdet zunehmend die Arbeit auf den Stationen, es spaltet die Belegschaften, gefährdet die Versorgung und führt zu einer unabsehbaren Kostenspirale,

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

SEKRETARIAT
Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025
Sina **Hoffmann**
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

www.dkgev.de
www.facebook.com/dkgev
www.twitter.com/dkgev
www.dkgev.de/rss2.php
www.youtube.com/user/dkgev

die am Ende die Versicherten zu tragen haben. Die Politik ist gefragt, hier so schnell wie möglich einzugreifen.“

Das Positionspapier ist dieser Pressemitteilung angehängt.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.887 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten (2020) und rund 21 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeitern. Bei 127 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.